



FAIRTRADE



Menschenrechte und Umweltschutz entlang globaler Lieferketten

© Fairtrade / Ranita Roy / Fairpicture



Ein Lieferkettengesetz zum Schutz von Mensch und Umwelt?

© Fairtrade / Ranita Roy / Fairpicture

Was ist eine Lieferkette?

Bis in die 1970er-Jahre waren die meisten Unternehmen an einem einzigen Ort angesiedelt. Später wurde es wichtiger, für die Aktionärinnen und Aktionäre höhere Renditen zu erzielen. Um Geld zu sparen, wurden einzelne Produktionsschritte in andere Länder und an andere Unternehmen ausgelagert (= *Outsourcing*).

Das Zusammenwachsen der Wirtschaft über weltweit organisierte Produktionsnetzwerke wird als **Globalisierung** bezeichnet: Viele Unternehmen bieten ihre Produkte und Dienstleistungen am Weltmarkt an.

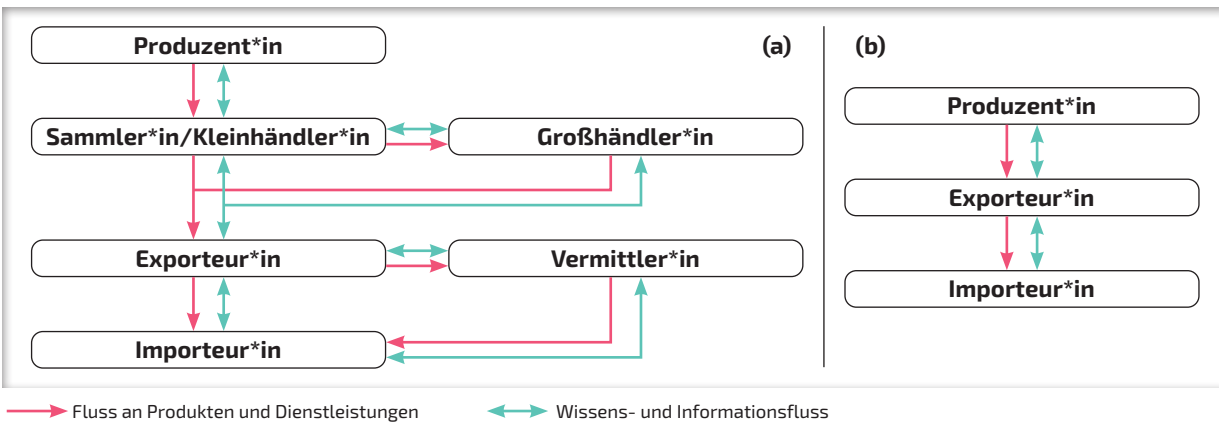
Unter einer Lieferkette versteht man die Reihe von Stationen, die ein Produkt durchläuft, bis es auf den Markt kommt. Meistens erstrecken sich Lieferketten über viele verschiedene Länder, was zu einer immensen Zunahme des Frachtverkehrs geführt hat; der Transport erfolgt hauptsächlich mithilfe von Containern auf LKWs, Güterzügen und Schiffen. Bei der Herstellung eines T-Shirts fallen heute etwa 18.000 Kilometer (!) an Trans-

portwegen an. Inzwischen basieren rund 80 Prozent des Welthandels auf globalen Lieferketten.

Lieferketten können sehr komplex sein, mit vielen Zwischenhändlerinnen und -händlern und sehr unterschiedlichen Bedingungen in puncto Schutz von Menschenrechten, Umwelt und Klima.

In den meisten Fällen konzentriert sich der Gewinn bei einem einzigen Unternehmen, das die Lieferkette kontrolliert und häufig aus dem **Globalen Norden** stammt. Die meisten Rohstoffe wie Mineralien, Gewürze, Kaffee sowie Kobalt und Coltan für Batterien oder Kupfer für die Elektronikindustrie kommen hingegen aus dem **Globalen Süden**. Die Zulieferunternehmen müssen sehr strenge Produktionsauflagen erfüllen und stehen in harter Konkurrenz zu anderen Unternehmen, die sich in die Lieferkette hineindrängen wollen. Dieser globale Wettbewerb geht oft auf Kosten von Menschenrechten und Umweltschutz.

Lieferketten im Zimtsektor Sri Lankas: (a) konventioneller Sektor, (b) Bio- und FAIRTRADE-Sektor



Grafik: C. Stephan/A. Stamm, „Faire Wertschöpfungsketten“, in K. Fischer et al. (Hg.), *Globale Güterketten. Weltweite Arbeitsteilung und ungleiche Entwicklung*, Promedia Verlag, Wien 2010

Im konventionellen Sektor (a) gibt es mehr Zwischenhändler*innen, deshalb bleibt für die Produzent*innen am Ende weniger Geld übrig. Gewürze etwa werden vor allem von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern produziert. Zur Herstellung von Zimt wird die Rinde des Zimtbaums abgeschält und meistens gemahlen. Regionale Kleinhändler*innen verkaufen den Zimt an eine nationale Großhändlerin bzw. einen nationalen Großhändler. Diese bzw. dieser lässt den Zimt zum Beispiel von einer Reederei nach Europa transportieren, wo er von einer Importfirma empfangen und an Supermärkte verteilt wird. Vermittlerfirmen verhandeln manchmal den Preis zwischen dem Export- und Importunternehmen.

Warum braucht es Regeln für Lieferketten?

Es ist für große Unternehmen vorteilhafter, bestimmte Produktionsschritte an Unternehmen auszulagern, die im Land ihres Firmensitzes günstigere Produktionsbedingungen anbieten, zum Beispiel einen niedrigeren Stundenlohn für Arbeiter*innen oder geringere Umweltstandards. Unternehmen, die in mehreren Ländern tätig sind, heißen multinationale Unternehmen (MNU).

Bislang gibt es keine internationale Gesetzgebung, welche die Produktionsbedingungen von MNU kontrolliert. Das führt dazu, dass diese Unternehmen den Regeln von strengeren Staaten einfach entkommen können – getrieben vom Streben nach Profitmaximierung, ohne die daraus resultierenden Folgen berücksichtigen zu müssen. Wenn ein einzelner Staat Regeln zur Kontrolle von Menschenrechten und Umweltstandards aufstellt, kann ein MNU in ein anderes Land ausweichen. So suchen sich MNU in der Regel die besten Bedingungen heraus, um ihre Produkte möglichst billig und mit möglichst wenigen Einschränkungen anbieten zu können. Sie wollen ihre Konkurrenz vom Markt verdrängen und mehr Gewinn herauschlagen.



Aus diesem Grund fordern internationale Gewerkschaften, Hilfsorganisationen, kirchliche Organisationen, Politiker*innen und NGOs ein Lieferkettengesetz. Solange es keine internationale koordinierte Gesetzgebung für Lieferketten gibt, werden weiterhin Millionen Menschen weltweit unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNICEF geht in Schätzungen davon aus, dass ungefähr 160 Millionen Kinder arbeiten müssen. Das bedeutet, dass weltweit jedes zehnte Kind betroffen ist.

Viele Löhne von Arbeiterinnen und Arbeitern liegen unter dem Existenzminimum: Obwohl sie voll arbeiten, reicht ihr Einkommen nicht aus, um davon angemessen leben zu können. Arbeitszeiten von 70 Stunden pro Woche gelten beispielsweise in der Textilindustrie als normal. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO geht davon aus, dass circa 25 Millionen Menschen weltweit zu ihrer Arbeit gezwungen werden. Viele erleben Gewaltandrohungen, auch gegen ihre Familien.

Ein weiteres Problem ist, dass viele Fabriken sehr schlechte, manchmal lebensgefährliche Sicherheitsstandards haben – oder sie fehlen ganz, zum Beispiel

wenn es um den Umgang mit giftigen Stoffen geht, welche die Arbeiter*innen lebenslang krank machen. Auch der Umweltschutz wird meist sträflich vernachlässigt: Giftige Substanzen, mit denen in den Fabriken gearbeitet wird, landen oft ungefiltert in naheliegenden Flüssen und somit im Trinkwasser und führen auch zu einem Verlust der biologischen Vielfalt.



In einigen Ländern gibt es für globalisierte Lieferketten bereits Gesetze zur Achtung von Menschen- und Arbeitsrechten sowie von Umweltstandards. In **Frankreich** wurde 2017 eine gesetzliche Verankerung der unternehmerischen Sorgfaltspflicht für Menschenrechte verabschiedet. **Großbritannien** und die **Niederlande** haben ebenfalls gesetzliche Regulierungen zur Kontrolle von Lieferketten. In **Deutschland** und in der **Schweiz** sollen in naher Zukunft Lieferkettengesetze in Kraft treten.

In **Österreich** fordert die *Treaty Alliance Österreich*, ein 2016 gegründetes Netzwerk von 15 zivilgesellschaftlichen Organisationen, mit der Kampagne „*Menschenrechte brauchen Gesetze! – Damit Lieferketten nicht verletzen*“ ein Lieferkettengesetz für Österreich und auf EU-Ebene.

Am 23. Februar 2022 legte die EU-Kommission in Brüssel eine **Vorlage für ein europaweites Lieferkettengesetz** vor, über die seitdem im Europäischen Parlament debattiert wird. Nach seiner Annahme hätten die Mitgliedsstaaten zwei Jahre Zeit, um die Richtlinie in **innerstaatliches Recht** umzusetzen und der Kommission ihre Umsetzungsvorschriften zu übermitteln. Da Wettbewerbsnachteile durch zu viel Regulierung befürchtet werden, wird es aus Teilen der Wirtschaft deutlichen Widerstand geben.

Durch ein europaweites Lieferkettengesetz sollen Unternehmen dazu verpflichtet werden, negative Auswirkungen ihrer Tätigkeit auf die Menschenrechte und auf die Umwelt zu ermitteln und gegebenenfalls zu verhindern. Für Unternehmen würden diese neuen Vorschriften **Rechtssicherheit** und gleiche Wettbewerbsbedingungen im Rahmen der EU schaffen; für Verbraucher*innen und Anleger*innen würden sie mehr **Transparenz** bringen.

Vorschlag für ein Lieferkettengesetz für Europa

Mit dem Vorschlag der Europäischen Kommission für eine „Richtlinie über die Nachhaltigkeitspflichten von Unternehmen“ wurde ein wichtiges Zwischenziel für den Schutz von Umwelt, Menschenrechten sowie Rechten von Arbeiterinnen und Arbeitern erreicht.



Das vorgeschlagene EU-Lieferkettengesetz soll nur für Unternehmen **mit mehr als 500 Beschäftigten** und mit einem **Jahresumsatz ab 150 Millionen Euro** gelten. Unternehmen, die diese Kriterien erfüllen, haben in Zukunft menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten. Die Richtlinie umfasst die gesamte Lieferkette und alle Sektoren. In Hochrisikosektoren wie der Bekleidungsindustrie und der Landwirtschaft betrifft das Lieferkettengesetz Unternehmen mit **mehr**

als 250 Beschäftigten und einem **Jahresumsatz von 40 Millionen Euro**. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) würden von diesem Lieferkettengesetz nicht erfasst werden. Es würde nur für weniger als 0,2 Prozent der Unternehmen im EU-Raum gelten.

Die *Treaty Alliance Österreich* kritisiert, dass weder die Anzahl der Mitarbeiter*innen noch der Umsatz darüber entscheiden, ob in Lieferketten Menschenrechte verletzt werden. Damit Menschenrechte und Umwelt in globalen Lieferketten tatsächlich nachhaltig und umfassend geschützt werden, muss der Gesetzesvorschlag noch umfangreich nachgeschärft werden; das neue Lieferkettengesetz sollte für *alle* Unternehmen gelten. Dennoch erklären viele zivilgesellschaftliche Organisationen in Europa den vorgelegten Gesetzesentwurf als einen wichtigen Meilenstein.

Was bedeutet Sorgfaltspflicht?

Um ihre Sorgfaltspflicht erfüllen zu können, müssen Unternehmen

- ◆ die Sorgfaltspflicht zum Bestandteil ihrer Unternehmenspolitik machen,
- ◆ negative Auswirkungen auf die Menschenrechte und die Umwelt ermitteln und diese verhindern oder abschwächen,
- ◆ ein Beschwerdeverfahren einrichten und
- ◆ öffentlich über die Umsetzung ihrer Sorgfaltspflicht kommunizieren.



Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen in Zukunft Zugang zu sicheren und gesunden Arbeitsbedingungen haben. Aktivitäten, die gegen die wichtigsten Umweltübereinkommen verstoßen, sollen vermieden werden. Hält sich ein Unternehmen nicht an die Richtlinien, drohen ihm **Geldbußen**. Opfer von Menschenrechtsverletzungen oder Umweltverschmutzung werden erstmals die Möglichkeit haben, bei einem EU-Gericht eine **Klage** einzureichen.

Auch das **Klima** soll geschützt werden: Unternehmen müssen festlegen, was sie dazu beitragen, damit die im „*Übereinkommen von Paris*“ festgelegte Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau erreicht werden kann.

Was macht FAIRTRADE Österreich?

FAIRTRADE ist Mitglied der *Treaty Alliance Österreich* und setzt sich besonders dafür ein, dass im geforderten Lieferkettengesetz ein existenzsicherndes Einkommen aufgenommen wird. Das FAIRTRADE-System bietet seit seiner Gründung vor über 30 Jahren eine solide Grundlage für die Einhaltung menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten. Existenzsichernde Einkommen sind eine zentrale Voraussetzung für effektiven Menschenrechtsschutz. **FAIRTRADE-Mindestpreise** sind ein wesentlicher Beitrag dazu.

Wie sorgt FAIRTRADE dafür, dass Bäuerinnen und Bauern fair bezahlt werden?

Die FAIRTRADE-Standards

Die FAIRTRADE-Standards übersetzen menschenrechtliche Vorgaben in konkrete und überprüfbare Kriterien. Diese müssen verpflichtend umgesetzt werden und gelten sowohl für größere Betriebe als auch für Kleinbauerngenossenschaften. Die Bandbreite der Standards reicht vom Verbot von Kinderarbeit bis hin zur Ermöglichung eines diskriminierungsfreien Zugangs zu Gewerkschaften. FAIRTRADE-zertifizierte Organisationen können auf vielfältige Unterstützung und Beratung zurückgreifen, welche die Einhaltung menschenrechtlicher Vorgaben forcieren.

Dank regelmäßiger und unabhängiger Kontrollen verfügt das FAIRTRADE-System zudem über einen Beschwerdemechanismus.

Stärkung von Arbeitsrechten

- Grundsätzlich verfolgt FAIRTRADE die Strategie, die Position und Existenzgrundlage von Bäuerinnen und Bauern sowie Arbeiterinnen und Arbeitern in globalen Lieferketten zu stärken, vor allem durch die
- ◆ Unterstützung von Kleinbauernkooperativen,
 - ◆ Verbesserung des Einkommens und Wohlergehens von Bäuerinnen und Bauern,
 - ◆ die Verbesserung von Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz,
 - ◆ Erhöhung der Repräsentation und Teilhabe von Frauen (insbesondere auf Plantagen) sowie Lohngleichstellung,
 - ◆ Bewusstseins-schaffung bei Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie die Erhöhung der Bereitschaft, den Preis für einen fairen und nachhaltigen Konsum zu bezahlen.

Außerdem versucht FAIRTRADE, den Handel stärker in die Verantwortung zu nehmen und existenzsichernde Einkommen als Menschenrecht zu etablieren.

Die Wirkung hängt von den Umsätzen ab

Leider schafft es FAIRTRADE nicht, denselben Schutz für alle Produkte, Bereiche und Organisationen zu garantieren, die am FAIRTRADE-System teilnehmen. Das liegt daran, dass mehr FAIRTRADE-zertifizierte Waren produziert werden, als es dafür eine Nachfrage gibt. Die FAIRTRADE-zertifizierten Bäuerinnen und Bauern erhalten deshalb meistens den FAIRTRADE-Mindestpreis nur für einen Teil ihrer Ernte. Den Rest müssen sie unter **konventionellen Marktbedingungen** verkaufen, das heißt zu einem schlechteren Preis.



Zertifizierte Kaffeebäuerinnen und -bauern verkaufen zum Beispiel im Durchschnitt fast drei Viertel ihrer Ernten über konventionelle Märkte. Bei Bananen gilt das für zwei Fünftel, bei Kakao und Zucker für fast zwei Drittel, und bei Tee gehen über neunzig Prozent an den konventionellen Markt.



Produzentinnen und Produzenten entscheiden sich manchmal dafür, Produkte bester Qualität auf Nischenmärkten zu verkaufen, zum Beispiel an spezielle Schokoladen- oder Teegeschäfte, deren Kundschaft gerne bereit ist, für hochqualitative Produkte höhere Preise zu zahlen.

Einen Teil ihrer Erzeugnisse verkaufen die Bäuerinnen und Bauern immer wieder auch gleich vor Ort, beispielsweise, wenn die Qualität für internationale Märkte zu niedrig ist.

Lieferkettengesetz

Arbeitsaufgaben Sekundarstufe I

© Philipp Benedikt | www.philippbenedikt.com

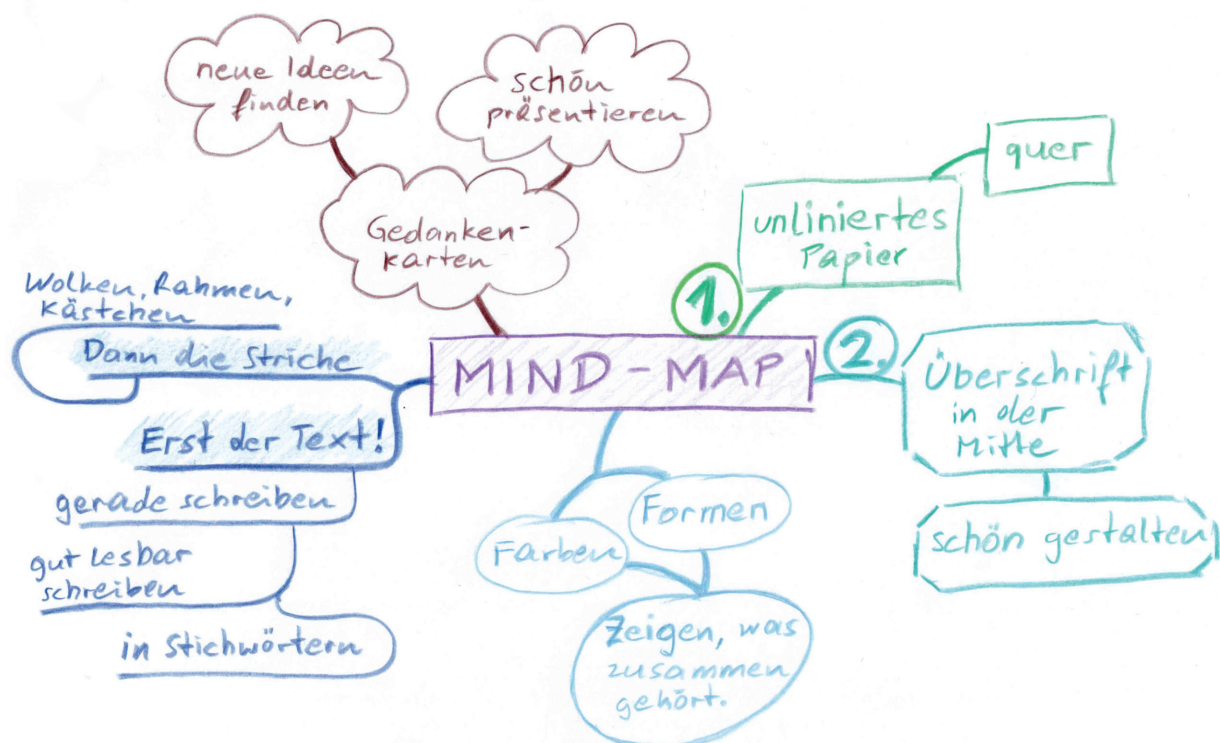
Mindmap Lieferkettengesetz

Erstelle (alleine oder in Partnerarbeit) **eine Mindmap zum Thema „Lieferkettengesetz“** – entweder auf Papier gezeichnet oder mit einem Online-Tool. Benutze als inhaltliche Grundlage den Infotext „EIN LIEFERKETTENGESETZ ZUM SCHUTZ VON MENSCH UND UMWELT?“ von Seite 2 bis 5 und recherchiere zusätzlich im Internet.

- ✦ Schreib das Hauptthema mittig auf ein Blatt.
- ✦ Überlege, welche Unterthemen zum Hauptthema gehören.
- ✦ Gib jedem Unterthema eine eigene Farbe.
- ✦ Ergänze wichtige Begriffe, die zum Unterthema gehören.
- ✦ Füge, wenn notwendig, weitere Unterthemen hinzu.
- ✦ Wiederhole diese Schritte so lange, bis alle wichtigen Aspekte des Themas erfasst sind.

Beispiel für eine Mindmap – so könnte deine Mindmap aufgebaut sein.

Du kannst aber auch eine andere Form der Gestaltung wählen.



Buchstaben-Assoziationen zum Thema „Lieferkettengesetz“

Sammele möglichst viele Begriffe, die du mit dem Thema „Lieferkettengesetz“ verbindest. Du kannst für die Präsentation der Begriffe aus drei verschiedenen Möglichkeiten wählen, die wir hier auf Seite 7 bis 9 vorstellen.

Variante 1:

Versuche, für jeden Buchstaben des Alphabets eine Assoziation zum Thema „Lieferkettengesetz“ zu finden.

A –

B –

C –

D –

E –

F –

G –

H –

I –

J –

K –

L –

M –

N –

O –

P –

Q –

R –

S –

T –

U –

V –

W –

X –

Y –

Z –



Buchstaben-Assoziationen Variante 2:

Versuche, für jeden Buchstaben des Worts „Lieferkettengesetz“ eine Assoziation zu finden.

L -

I -

E -

F -

E -

R -

K -

E -

T -

T -

E -

N -

G -

E -

S -

E -

T -

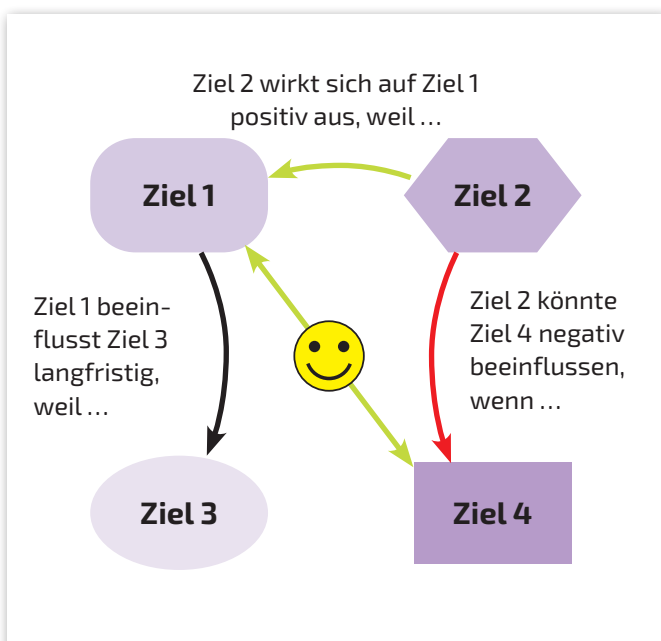
Z -

Ziele eines Lieferkettengesetzes

Ziel 1	<input type="checkbox"/> Ökologie <input type="checkbox"/> Ökonomie <input type="checkbox"/> Soziales
Ziel 2	<input type="checkbox"/> Ökologie <input type="checkbox"/> Ökonomie <input type="checkbox"/> Soziales
Ziel 3	<input type="checkbox"/> Ökologie <input type="checkbox"/> Ökonomie <input type="checkbox"/> Soziales
Ziel 4	<input type="checkbox"/> Ökologie <input type="checkbox"/> Ökonomie <input type="checkbox"/> Soziales

Analysieren Sie die Zusammenhänge zwischen den Zielen eines Lieferkettengesetzes!

- ✦ Welche Ziele stehen miteinander in Verbindung?
- ✦ Welche Auswirkungen haben die Ziele aufeinander?
- ✦ Gibt es Zielkonflikte (widersprechen sich die Ziele möglicherweise im Hinblick auf ihre Auswirkungen)?
- ✦ Gibt es kurz-, mittel- oder langfristige Wirkungen eines Ziels auf ein anderes?
- ✦ Stellen Sie diese Beziehungen grafisch dar und unterstützen Sie die Darstellung durch Stichwörter. Unten stehend finden Sie einige Anregungen für die Gestaltung.





Lieferkettengesetz

Hinweise für Lehrkräfte

© Fairtrade / Ranita Roy / Fairpicture

Thematische Einbettung

Ausgehend vom Thema „Lieferkettengesetz“ können mehrere Themenbereiche behandelt bzw. vertieft werden. Je nach Vorwissen der Schüler*innen müssen eventuell Grundlagen erarbeitet werden, bevor das Thema „Lieferkettengesetz“ bearbeitet werden kann. Viele dieser Grundlagen finden sich in Schulbüchern und erhalten durch das Thema „Lieferkettengesetz“ einen Aktualitätsbezug.

◆ Menschenrechtliche Bezüge und Fragestellungen:

- Was sind Menschenrechte?
- Wie werden sie durchgesetzt?
- Welche Menschenrechte werden durch ein Lieferkettengesetz geschützt?

◆ Verantwortung der Staaten:

- Warum braucht es Gesetze und Regelungen?
- Was kann und muss ein Staat machen, um die Rechte der Menschen zu schützen?
- Ist ein Staat auch verantwortlich dafür, dass Unternehmen die Menschenrechte einhalten?

◆ Verantwortung der Unternehmen:

- Haben Unternehmen auch eine Verantwortung für die Gesellschaft?
- Wie schaut verantwortungsvolles Unternehmertum aus?
- Wer ist dafür zuständig, dass Unternehmen sich an Regeln halten?

◆ Globale Zusammenhänge:

- Geschichte der Globalisierung, Chancen und Herausforderungen der Globalisierung

Gute Gründe für eine Diskussion des Themas „Lieferkettengesetz“ in der Schule

◆ Aktualitätsbezug und Erfolgsgeschichte

Viele Einzelpersonen und NGOs setzen sich schon seit Langem für ein Lieferkettengesetz ein und werden das weiter tun. Es zeigt sich, dass dieses Engagement etwas bewirkt und nach und nach gesetzliche Regelungen geschaffen werden.

◆ Kontroversen, Perspektivenwechsel, Interessengebundenheit von Argumentationen

Mittlerweile gibt es zwar fast niemanden mehr, der sich der Idee eines Lieferkettengesetzes vollkommen verschließt, aber in der Diskussion gibt es sehr unterschiedliche Standpunkte, vieles wird kontrovers

diskutiert. Das Thema „Lieferkettengesetz“ eignet sich gut, um die Interessengebundenheit politischer Haltungen zu analysieren.

◆ System Change versus Eigenverantwortung

In der Menschenrechtsbildung und auch in der Verbraucher*innenbildung werden häufig die individuellen Handlungsmöglichkeiten betont. Anhand des Themas „Lieferkettengesetz“ lassen sich die unterschiedlichen Wirkungen individuellen Konsumverhaltens und Systemveränderung gut illustrieren und diskutieren.

Aus dem Grundsatzterlass „Politische Bildung in den Schulen“, 2015:

„Politische Bildung vermittelt ein Verständnis für existenzielle sowie globale Zusammenhänge und Probleme der Menschheit.“

„Qualitätsvolle und gut zugängliche Politische Bildung orientiert sich an aktuellen politischen Fragestellungen.“

Methodentipps

Zeitungsanalyse

Legen Sie einen Zeitraum fest, in dem die Schüler*innen ein Zeitungsprojekt durchführen sollen (z. B. den Zeitraum rund um einen Anlass wie eine parlamentarische Debatte zum Thema „Lieferkettengesetz“).

Teilen Sie Ihren Schüler*innen Zeitungen zu, die sie in Kleingruppen analysieren sollen, oder lassen Sie sie recherchieren, welche Zeitungen über das Thema „Lieferkettengesetz“ berichten bzw. berichtet haben.

Danach analysieren die Schüler*innen mindestens zwei Artikel und vergleichen diese.

- ◆ Welche Positionen zum Thema werden dargestellt?
- ◆ Welche Argumente für oder gegen ein Lieferkettengesetz werden vorgebracht?
- ◆ Wer spricht sich für und wer gegen ein Lieferkettengesetz aus?
- ◆ Lässt sich aus den Artikeln herauslesen, welche Meinung die Journalistin bzw. der Journalist eher vertritt?
- ◆ Welcher Artikel ist für eine persönliche Meinungsbildung geeignet?

Videos und Podcasts

TikTok-Informationsvideo: Analysieren Sie mit den Schüler*innen, wie auf TikTok Informationen aufbereitet werden, indem Sie zum Beispiel gemeinsam auf dem ZiB-TikTok-Kanal ausgewählte Videos anschauen. Danach gestalten die Schüler*innen in Kleingruppen eigene TikTok-Videos zum Thema „Lieferkettengesetz“ und vergleichen diese mit den Videos, die auf Nachrichtenportalen zu finden sind.

Kampagnenvideo: Die Schüler*innen gestalten ein Kampagnenvideo, in dem sie für ein Lieferkettengesetz eintreten. Sie überlegen, welche Botschaften sie wichtig finden und wie sie diese textlich, grafisch und schauspielerisch umsetzen wollen. Dann erstellen sie mit ihren Handys und einem geeigneten Schnittprogramm ein ca. dreiminütiges Video.

Podcast: Die Schüler*innen gestalten eine Radioreportage oder einen Podcast. Sie recherchieren die Hintergründe, interviewen Politiker*innen und/oder Fachleute und erstellen mit den erarbeiteten Daten sowie den gesammelten O-Tönen einen ca. fünfminütigen Beitrag.



Rollenspiele

Die Schüler*innen erhalten die Aufgabe, in Kleingruppen Rollenspiele vorzubereiten, in denen unterschiedliche Meinungen zum Thema „Lieferkettengesetz“ sichtbar werden. Wenn Sie den Gruppen unterschiedliche Szenarien vorgeben, sind die abschließenden Aufführungen abwechslungsreicher und bieten mehr Möglichkeiten der Nachbesprechung (z. B. Fernsehdiskussion, Diskussion im Parlament, Diskussion mit Passantinnen und Passanten an einem Infostand, Videokonferenz einer Schule im Globalen Süden mit einer Schule im Globalen Norden etc.).

Die Schüler*innen überlegen sich die Rollen entweder selbst, oder Sie bereiten für jedes Szenario Rollenkartchen vor.

Die Rollenspiele sollen nicht länger als fünf Minuten dauern. Geben Sie den Schülerinnen und Schülern Hinweise, wie sie den Prozess der Erarbeitung gestalten können (Rollen verteilen, Positionen herausarbeiten, Geschichte überlegen, Skript in Stichworten erstellen, proben etc.).

In der Nachbesprechung sollten neben den inhaltlichen Aspekten auch der Erarbeitungsprozess, die Kommunikation in der Gruppe und die Schwierigkeit thematisiert werden, eine Rolle zu spielen, die vielleicht nicht die eigene Meinung widerspiegelt.

Pro- und Contra-Debatte

Teilen Sie die Klasse in zwei Gruppen. Eine Gruppe argumentiert für und eine gegen ein Lieferkettengesetz. Jede Gruppe arbeitet die ihr zugeteilte Position gründlich aus, sammelt möglichst viele Argumente für die eigene Position, versucht, mögliche Gegenargumente vorwegzunehmen und zu entkräften – unabhängig von der persönlichen Meinung. Aus diesen Argumenten wird ein Plädoyer erarbeitet (Plakate und Stichwortzettel sind hilfreich).

Danach findet eine formalisierte Debatte statt. Ein oder zwei Schüler*innen moderieren und leiten die Debatte. Jede Gruppe wählt eine Person, die das Plädoyer für die inhaltliche Position der jeweiligen Gruppe hält. Danach ziehen sich die Gruppen zu einer Beratung zurück und überlegen sich eine Entgegnung auf das gegnerische Erstplädoyer, die von den Gruppensprecherinnen und -sprechern vorgebracht wird.

Danach kann das Plenum Fragen stellen. Zum Abschluss gibt es ein Auswertungsgespräch: Wie ging es den Schüler*innen in ihren Rollen? Bei wem hat sich die Meinung im Zuge der intensiven Auseinandersetzung geändert? Waren die Argumente gut gewählt?

Weitere Informationen zur Methode: bpb.de/lernen/methoden/46892/5-pro-contra-debatte/

Positionen der politischen Parteien

Die Schüler*innen recherchieren die Positionen der politischen Parteien zum Thema „Lieferkettengesetz“. Dafür können sie Pressemeldungen der Parteien oder veröffentlichte Interviews mit Politikerinnen und Politikern heranziehen. Natürlich können sie die Parteien auch anschreiben und um Informationen bitten.

Die Schüler*innen arbeiten in Kleingruppen. Jede Gruppe befasst sich mit einer Partei und stellt deren Position auf einem Plakat dar.

Vor der Recherche legen Sie fest, welche Mindeststandards zu erreichen sind, zum Beispiel:

- ◆ Recherchieren der Positionen der jeweiligen Partei (Gibt es eine generelle Zustimmung oder Ablehnung? Wie ist die Haltung zum EU-Lieferkettengesetz und zur nationalen Umsetzung in Österreich?)
- ◆ Nachvollziehbarkeit der Argumente (Wird erklärt, warum die Position vertreten wird?)
- ◆ Hat sich die Position der Partei im Lauf der Zeit verändert?

Zeitstrahl

Die Schüler*innen erstellen entweder auf einem Plakat oder mit einem Online-Tool einen Zeitstrahl, auf dem sie die Auseinandersetzung mit dem Thema dokumentieren. Internationale und nationale Ereignisse könnten in verschiedenen Farben dargestellt werden. Mögliche Leitfragen für die Recherche:

- ◆ Seit wann wird ein Lieferkettengesetz gefordert?
- ◆ Welche NGOs haben als erste die Forderung erhoben?
- ◆ Welche Politiker*innen und Parteien haben sich als Befürworter*innen positioniert?
- ◆ Welche Unterstützer*innen sind wann dazugekommen?
- ◆ Welche Gegenstimmen gibt es?
- ◆ Gibt es besonders wichtige Kampagnen zum Thema? Wann haben diese begonnen? Laufen sie noch?
- ◆ Gibt es bereits gesetzliche Initiativen?

Weitere Rechercheaufgaben

- ◆ Die Schüler*innen recherchieren, in welchen europäischen Ländern es bereits Lieferkettengesetze gibt.
- ◆ Die Schüler*innen analysieren das deutsche Lieferkettengesetz ([bmz.de/de/entwicklungspolitik/lieferkettengesetz](https://www.bmz.de/de/entwicklungspolitik/lieferkettengesetz)) im Hinblick darauf, ob es jene Punkte enthält, welche die TNC Treaty Alliance in Österreich fordert.
- ◆ Was versteht man unter fairem Handel (FAIRTRADE)? Welche Organisationen setzen sich in Österreich, auf europäischer Ebene und weltweit für fairen Handel ein? Welche Zusammenhänge gibt es zwischen fairem Handel und einem Lieferkettengesetz?



Begriffsklärungen – Glossar

Erstellen Sie mit den Schülerinnen und Schülern ein Glossar wichtiger Fachbegriffe rund um das Thema „Lieferkettengesetz“. Die Schüler*innen recherchieren die Bedeutung und erstellen eine Plakatgalerie mit den wichtigsten Begriffen. Als Quelle eignen sich etwa die beiden Websites „Politiklexikon für junge Leute“ und „Hanisauland – Politik für dich“.

Beispiele für relevante Lemmata aus dem „Politiklexikon für junge Leute“

- ◆ politiklexikon.at/globalisierung/
- ◆ politiklexikon.at/freie-marktwirtschaft/
- ◆ politiklexikon.at/freihandelszone/
- ◆ politiklexikon.at/kinderrechte-kinderrechtskonvention/
- ◆ politiklexikon.at/menschenrechte/
- ◆ politiklexikon.at/umweltschutz/
- ◆ politiklexikon.at/wirtschaftspolitik/

Beispiele für relevante Lemmata aus dem Lexikon von „Hanisauland“ (zwar Deutschlandbezug, aber vielfach auf Österreich umlegbar)

- ◆ hanisauland.de/wissen/lexikon/grosses-lexikon/f/fairer_handel.html
- ◆ hanisauland.de/wissen/lexikon/grosses-lexikon/k/kinderarbeit.html
- ◆ hanisauland.de/wissen/lexikon/grosses-lexikon/a/ausbeutung.html

Weitere Informationen für die pädagogische Arbeit mit Lexika

„Lexika im Unterricht der Politischen Bildung – Tipps und Anregungen“, Zentrum *polis*, 5. aktualisierte Auflage, Wien 2017; Download:

politiklernen.at/leitfaden_lexikaimunterricht

Weiterführende Informationen

Der Informationsstand zum Thema „Lieferkettengesetz“ ändert sich laufend; valide, tagesaktuelle Informationen sowie Hintergrundinformationen finden Sie auf diesen Internetseiten:

- ✦ Kampagne „Menschenrechte brauchen Gesetze! – Damit Lieferketten nicht verletzen“:
nesove.at/menschenrechte-brauchen-gesetze/
- ✦ TNC Treaty Alliance: nesove.at/die-mitglieder/buendnisse-kampagnen/ta/
- ✦ awblog.at/ein-lieferkettengesetz-fuer-oesterreich
- ✦ tv.arbeiterkammer.at/aklaert/Lieferkettengesetz.html
- ✦ fairtrade.at/fileadmin/DE/01_was_ist_fairtrade/04_fokusthemen/HREDD/EU-Lieferkettengesetz_mit_positiver_Wirkung_-_Forderungen_der_Fair-Handels-Bewegung.pdf
- ✦ fairtrade.at/newsroom/aktuelles/details/eu-lieferkettengesetz-impact-da-bewirken-wo-er-noetig-ist-1-7407
- ✦ Erklärvideo „CIDSE – Together for Global Justice“: youtube.com/watch?v=LaG9H5T_BJw
illustriertes Glossar mit Schlüsselbegriffen: cidse.org/wp-content/uploads/2021/11/DE-Access-to-justice-glossary.pdf
- ✦ ECCJ – European Coalition for Corporate Justice: corporatejustice.org/publications/ (auf Englisch)



© Fairtrade / Didier Gentilhomme

Impressum: FAIRTRADE Österreich | Ungargasse 64–66, Stiege 1, Top 209, 1030 Wien, Österreich | Tel.: +43 1 533 09 56 26, Fax: +43 1 533 09 56 26-11 | E-Mail: office@fairtrade.at
www.fairtrade.at | ZVR: 881545394 | Gestaltung: Christian Fischer, www.greengraphics.at
Zusammenstellung: Zentrum polis – Politik Lernen in der Schule (www.politik-lernen.at)
 Stand Mai 2022

